dem meisten Reisenden immer noch unbekannte Bestimmung der allerneuesten „Verkehrsordnung der Eisenbahnen" lautet: „Beim Uebergang in die nächsthöhere Klasse haben Reisende mit ganzen Fahrkarten eine halbe Fahrkarte der Klasse, in die sie übergehen, als Zusatzkarte zu lösen." Mithin muß ein Reisender beim Uebergang aus der 3. Klasse in die 2. Klasse nicht 1½ Pfg., sondern 2¼ Pfg. für jedes Kilometer zuzahlen. Ich warne also aufs dringendste vor der Benutzung der jetzigen Rückfahrkarte, die außer dem Uebelstand der kurzen Befristung an dem andern leidet, daß sie dem Reisenden beim Uebergang in eine höhere Klasse eine nicht unbeträchtliche Geldstrafe auferlegt.

Dennoch ist die Rückfahrkarte durchaus notwendig. Als ich sie vor einiger Zeit in einer großen Zeitung forderte, und zugleich das einfachste Mittel angab, sie zur Bequemlichkeit der Reisenden und der Eisenbahnverwaltung herzustellen, nämlich durch Abänderung des jetzigen Ausdrucks der Karten: „Von — nach —" in: „Zwischen — und —", erwiderte das preußische Eisenbahnministerium: Mein Vorschlag sei erwogen worden, habe sich aber als unausführbar herausgestellt, weil Betrügereien befürchtet werden. Die Betrügereien, von denen das Eisenbahnministerium sprach, könnten doch nur in Fälschungen bestehen. Man scheint also zu befürchten, ein Drucker könnte teure Fahrkarten herstellen und entweder selbst benutzen oder in den Handel bringen. Das Eisenbahnministerium berief sich auf Fälschungen dieser Art, die angeblich in Frankreich entdeckt worden seien. — Nun also doch entdeckt! Ich bestreite die Möglichkeit, daß Fälschungen durch unbefugten Druck in irgendwie beachtenswertem Maße möglich sind. Denkbar ist ja, daß ein verbrecherischer Drucker sich eine teure Fahrkarte selbst herstellt und schwere Zuchthausstrafe wagt. Denkbar, aber auch wahrscheinlich? Auf keinen Fall können Fälle dieser Art einen jährlichen Ausfall bewirken, der in irgend einem Verhältnis zu den unberechenbaren Vorteilen der Rückfahrkarten für Eisenbahn und Publikum stände. Vollends die Herstellung teurer Fahrkarten zum Verkauf an andere ist so gut wie unmöglich. Man vergißt, daß die entdeckten angeblichen Betrügereien in Frankreich doch mit ermäßigten Rückfahrkarten vorgekommen sind. Der Handel mit solchen Karten hatte ja vor der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts, daß der Verkauf einer Rückfahrkarte von Reisenden an Reisende Betrug sei, in Deutschland geblüht und sich unter den Augen der Eisenbahnverwaltungen zu einem allbekannten und geduldeten System ausgebildet. Hingegen wird sich niemals ein solcher Handel mit nichtermäßigten Rückfahrkarten entwickeln können, denn das bloße Feilbieten einer solchen Rückfahrkarte würde sofort den zwingenden Verdacht der Urkundenfälschung erwecken. Kein vernünftiger Mensch würde eine solche Rückfahrkarte von einem Unbekannten zum vollen Preise kaufen, denn er bekommt sie ja für denselben Preis am Schalter, und das Anbieten einer Rückfahrkarte zu billigerem Preise würde zur Verhaftung und Bestrafung des Feilbieters führen. Aber auch der Käufer einer solchen Karte würde sich der Beihilfe zum Betruge schuldig machen, denn er könnte nicht den guten Glauben für sich anführen, sintemalen Eisenbahnkarten kein Zahlungsmittel und kein Handelsgegenstand sind. Wenn obendrein, was ich dringend wünsche, die Eisenbahnverwaltung gestattet, jede nichtbenutzte Fahrkarte gegen Rückzahlung des vollen Preises am Schalter einzureichen, so fällt vollends jede Wahrscheinlichkeit auch nur vereinzelter Fälle von Verkäufen gefälschter Karten weg.

Der Einwand der Eisenbahnverwaltung wegen der Fälschung von Karten zur Benutzung als Rückfahrkarten ist aber auch aus dem Grunde ganz inhaltlos, weil ja ein Fälscher auch Karten zur Hinfahrt herstellen kann. Die Verwaltung hat nun behauptet, die Entdeckung gefälschter Hinfahrkarten sei leichter als die der gefälschten Rückfahrkarten. Ich bin neugierig, wie sie dies beweisen will. Wer soll die Entdeckung vornehmen? Der Bahnsteigschaffner? Ist die Karte nicht plump gefälscht, so kann er die Fälschung nicht entdecken, und auch die Nummer der Karte kann er nicht prüfen, denn er hat ja keine Ahnung, welche laufende Nummer von jeder der mehr als tausend auf den größeren Bahnhöfen verkauften Karten an der Reihe ist. Ebensowenig kann der Zugschaffner die Nummer kontrollieren. Ob gefälschte Rückfahrkarte oder Hinfahrkarte — die fast einzige Möglichkeit der Entdeckung liegt bei den Reisenden, denen von einem Unbekannten irgend eine Karte angeboten wird. Auf die ganz vereinzelten Fälle, daß verbrecherische Buchdrucker Fahrkarten für sich selbst herstellen, braucht doch nicht die geringste Rücksicht genommen zu werden.

Ich bleibe also bei meiner Behauptung: Rückfahrkarten sind für Reisende und Eisenbahnverwaltungen dringend notwendig, Fälschungen sind so gut wie ausgeschlossen oder führen sofort zur Entdeckung, — folglich sollten die Karten in Zukunft für beide Richtungen gelten, und dadurch hätten wir die Rückfahrkarte wieder, aber ohne die Mängel, die ihr früher angehaftet haben.

Eduard Engel.

*

Im Zusammenhang mit diesen Darlegungen ist ein cd.-Privattelegramm von besonderem Interesse, das wir gestern erhielten:

cd. **München**, 13. Juli. In dem zurzeit hier tagenden kgl. bayerischen Eisenbahnrat wurde der Minister aufgefordert, die Wiedereinführung von Fahrscheinbüchern zu 30 Fahrten, ebenso die Wiederausgabe von Rückfahrten in der Form sogenannter Doppelkarten für Hin- und Rückfahrt anzuordnen. Der Verkehrs- und Staatsminister v. Frauendorfer sagte entgegenkommende Prüfung der Wünsche zu.

Deutsches Reich.

Leipzig, 14. Juli.

* **Dernburgs Abschied von Berlin.** Ueber die schon gemeldete Abfahrt Dernburgs von Berlin nach Neapel, von wo aus er sich dann auf seine Reise nach Ostafrika begibt — liegt noch folgender telegraphischer Bericht vom gestrigen Tage vor: Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dernburg trat heute vormittag mit dem Chef des Kommandos der Schutztruppen, Oberstleutnant Quade, dem Baurat Baltzer und dem Rittmeister Grafen Henckel v. Donnersmarck die Ausreise nach Deutsch-Ostafrika an. Zur Verabschiedung hatten sich neben dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei v. Loebell die Familienangehörigen der ausreisenden Beamten des Reichskolonialamtes und der Offiziere des Kommandos der Schutztruppen fast vollzählig eingefunden. Die Rückkehr Dernburgs wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats November erfolgen. Seine Vertretung führt bis zu der anfangs Oktober in Aussicht stehenden Rückkehr des Unterstaatssekretärs v. Lindequist aus Südwestafrika der Direktor im Reichskolonialamt Dr. Conze.

* **Gouverneur von Schuckmann**, der am 23. d. M. von Hamburg aus die Ausreise nach seinem neuen Wirkungskreis als Leiter des südwestafrikanischen Schutzgebiets antreten wird, gab einem Vertreter des „L.-A." seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß an seine Ernennung zum Gouverneur in einem Teile der Presse Bemerkungen geknüpft wurden, die nur geeignet wären, ihm sein Amt außerordentlich zu erschweren und auch in einzelnen englischen Blättern tatsächlich unliebsames Aufsehen erregten. Bei den guten Beziehungen, die er mit den englischen Behörden als Generalkonsul in Kapstadt genossen habe, hoffe er jedoch, daß es gelingen werde, mit unsern Nachbarn in denkbar bestem Einvernehmen zu leben. Die Engländer haben eine etwa 200jährige Kultur in Südafrika, und wir könnten und müßten von ihnen draußen lernen. Sehr verkehrt wäre es, wenn wir verlangen wollten, daß dieses alte Kolonialvolk von uns lernen sollte. Er hoffe, daß die Bevölkerung in unserer Kolonie nun in Frieden sich dem Arbeiten der Kultur widmen werde. Was die in den Lagern noch etwa vorhandenen 16 000 Kriegsgefangenen betrifft, so gab Herr von Schuckmann seiner Hoffnung Ausdruck, daß es angängig sein möge, diese Horden in möglichst kurzer Zeit zu entlassen und als tüchtige Arbeiter in den verschiedenen Betrieben zu verwerten. Im übrigen hoffe er, daß es schnell gelingen möge, der Kolonie den so notwendigen Frieden wiederzugeben und vor allem dauernd zu erhalten.

* **Legationsrat von Nostitz-Wallwitz.** Die „Leipziger Zeitg." schreibt: „In einem sehr lebhaften Artikel kommt die „Deutsche Tageszeitung" in ihrer Abendausgabe vom 12. Juli auf den Entwurf des sächsischen Wahlgesetzes und die Versammlung des Dresdner konservativen Vereins zu sprechen und meint, daß die sächsische Regierung zu den bekannten Aeußerungen des Legationsrates v. Nostitz-Wallwitz Stellung nehmen müsse. Die Regierung kann dieser Meinung nicht beipflichten und hat keinen Grund, sich in den Streit einzumischen, der innerhalb der Konservativen Sachsens ausgebrochen ist. Lebhaft bedauern kann sie nur, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten mit solcher Schärfe vor der breiten Oeffentlichkeit ausgefochten werden." Zum Verständnis dieser Abwehr sei bemerkt, daß die „Deutsche Tagesztg." sich nicht gescheut hat, von den Ausführungen des Herrn Legationsrats über die „Nebenregierung in Sachsen" zu sagen, daß man bisher nur auf Bierbänken von einer solchen Nebenregierung gesprochen habe und daß mit dieser Ausführung nicht nur der Staatsregierung, sondern auch noch „höher hinauf" der schwerste Vorwurf gemacht werde. Das Blatt des Dr. Oertel fordert darum auch, daß die sächsische Regierung zu diesen Aeußerungen des Legationsrats Stellung nähme. Das ist nun in jener Notiz der „Leipziger Ztg." geschehen, und zwar, indem die Regierung sich ganz und gar des Urteils enthält, ob sie dem Legationsrat zustimmt. Sie stellt seine Ausführungen einfach hin als nicht amtlich geschehen, sondern als eine Rede, die Herr Nostitz als Mitglied des konservativen Vereins in diesem Verein gehalten hat und der die Regierung aus diesem Grunde auch neutral gegenübersteht. Damit ist aber in keiner Weise gesagt, daß die Regierung nicht dieselben Sorgen über das konservative Uebergewicht hat, denen hier Herr v. Nostitz Ausdruck verlieh. Er würde sie wohl nicht ausgesprochen haben, wüßten sie nicht auch sonst in der Regierung geteilt. In welcher gehässigen Weise übrigens die „Deutsche Tageszeitung" den Kampf gegen den Legationsrat von Nostitz fortsetzt, zeigt ihre gestern abend erschienene Nummer, in der sie die Person des Königs gegen Herrn von Nostitz ausspielt. Sie schreibt:

Es ist ein seltsames Zusammentreffen, daß zu derselben Zeit, als der König von Sachsen in Bischofswerda seiner Freude darüber, daß in dem dortigen Wahlkreis 1903 und 1907 kein Sozialdemokrat gewählt worden war, herzlichen Ausdruck gab und zu weiterem energischen Kampfe gegen die Umsturzpartei aufforderte, einer seiner Legationsräte den klassischen Ausspruch prägte, daß mit der Parole des Kampfes gegen den Umsturz kein Hund hinter dem Ofen hervorzulocken sei und daß man mit 15—20 Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer fertig werden müsse.

Eine feine Kampfesweise!

H. Z. **Zur Landtagswahl.** Aus dem 20. städtischen Landtagswahlkreise. Die Erklärung des Herrn Bürgermeisters Dr. Kretzschmar in Aue, des Kandidaten der Konservativen und „wirklich Nationalliberalen" der Städte Neustädtel, Schneeberg und Aue, hat mit ihrem verlegenen Inhalte allgemeines Aufsehen erregt und auch einen großen Teil seiner Parteifreunde unliebsam berührt. Von einem Bürgermeister einer Industriestadt konnte man mit Recht einen ruhigen und sachlichen Ton erwarten, war aber auf eine derartige, die Gegenkandidaten schwer beleidigende Ausdrucksweise nicht gefaßt. Die Wirkung wird Herrn Kretzschmar recht unerfreulich sein. Bereits hat das Auer nationalliberale Wahlkomitee die Angriffe auf Herrn Fabrikbesitzer Bauer zurückgewiesen, und heute wirft ihm Herr Bürgermeister Hesse, sein konservativer Gegenkandidat aus Eibenstock, in einer öffentlichen Erklärung Wortbruch vor. Die Bekanntgabe des Wortlautes des zwischen den Städten Aue und Eibenstock geschlossenen Abkommens, das Herr Dr. Kretzschmar durch Namensunterschrift anerkannt hat, nun aber nicht hält, spricht jedenfalls sehr gegen ihn. So scheint der Landtagswahlkampf im hiesigen Wahlkreise Formen anzunehmen, wie sie sonst nur bei den hitzigsten Reichstagswahlkämpfen zu finden sind, und den Anfang hierzu gibt ein konservativer Bürgermeister. Werden nun seine Getreuen im Lager der „wirklich Nationalliberalen" noch ferner Gefolgschaft leisten?

* **Der Kampf um den Buchdruckertarif.** Der „Zentralverband deutscher Industrieller" hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der dieser gebeten wird, dahin wirken zu wollen,

daß seitens der Reichs- und Staatsbehörden und aller sonstigen amtlichen Stellen, auch der Kommunalbehörden, im Gegensatz zu dem bisher eingehaltenen Verfahren, bei der Vergebung von Drucksachen eine Bevorzugung der Mitglieder des „Vereins" der Buchdrucker in keiner Weise stattfinden möge.

In der Eingabe des Zentralverbandes wird die Bildung des „Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe" als ein verdienstliches Unternehmen, dagegen das Vorgehen des Deutschen Buchdruckervereins als eine Begünstigung der Sozialdemokratie hingestellt. Zur Abwehr dieser erneuten Verdächtigung hat der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins in einem Schreiben an den Reichskanzler erklärt:

Der Deutsche Buchdruckerverein muß die Bestrebungen, welche der in ihm organisierten, weit überwiegenden und durchaus reichstreuen Mehrheit des deutschen Buchdruckereibesitzerstandes unterstellt werden, weit von sich abweisen.

Gleichzeitig hat der Deutsche Buchdruckerverein dem Reichskanzler die Gegenvorstellung, mit welcher er die vorher schon vom Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe selbst erhobenen unbegründeten Anschuldigungen beantwortet hat, zur Kenntnisnahme übersandt und daran die Bitte geknüpft,

der Eingabe des Zentralverbandes deutscher Industrieller keine Folge geben, sondern darauf hinwirken zu wollen, daß seitens der Reichs- und Staatsbehörden und aller amtlichen Stellen dem Deutschen Buchdruckerverein und der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker die ihnen seit Jahrzehnten bezeigte wohlwollende Förderung ihrer gemeinnützigen staatserhaltenden Bestrebungen auch für die Folge erhalten bleibt. — Die Abweisung der Eingabe des Zentralverbandes deutscher Industrieller darf als Minimum dessen angesehen werden, was man auch nach Posadowsky an sozialpolitischer Einsicht im Reichsamt erwarten muß.

* **Der Nachfolger Kalthoffs.** Die hiesige Martinigemeinde wählte zum Nachfolger Kalthoffs an Stelle des zurückgetretenen Pfarrers Lipsius den Prediger Felden aus Mainz, welcher der dortigen freireligiösen Gemeinde vorstand.

* **Ein Senior der Liberalen.** Der Senior der schleswig-holsteinischen Liberalen Dr. Wilhelm Ahlmann vollendete gestern in Kiel sein neunzigstes Lebensjahr. Die „Kieler Zeitung" widmet dem alten Herrn einen warm empfundenen Artikel, in dem sie die Verdienste Dr. Ahlmanns hervorhob und darauf hinweist, daß es ihm vergönnt war, die Gedanken von Dahlmann und Lornsen in der Erhebungszeit mit zu verwirklichen, die Trennung von Dänemark und die Neuerstehung des Reiches zu erleben. Dr. Ahlmann sei der letzte Zeuge aus dem geschichtlichen Werdeprozeß, der zu der Proklamation vom 24. März 1848 führte. Auch von den Mitgliedern der schleswig-holsteinischen Landesversammlung des Jahres 1848 sei er der einzige Ueberlebende. Getreu seiner damaligen Stellung habe er in allen Phasen der Entwickelung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts treu zur deutschen und liberalen Fahne gestanden.

* **Die Maßregelung eines Arztes** wird in Wiesbaden viel besprochen. Der praktische Arzt Dr. Schellenberg, Vertrauensarzt der Wiesbadener Postverwaltung, hat bei der letzten Reichstagsstichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Lehmann gestimmt. Die Ober-Postdirektion zu Frankfurt a. M., die davon Kenntnis erhielt, sandte einen höheren Postbeamten zu Dr. Schellenberg, um Auskunft zu erhalten. Das Resultat war ein negatives. Dr. Schellenberg lehnte es ab, der Behörde Rechenschaft abzulegen. Bald darauf erhielt er die Kündigung seines Vertrages per 1. Oktober. Auf seine Anfrage nach der Ursache wurde ihm mitgeteilt, daß seine Abstimmung bei der Reichstagsstichwahl hierzu Veranlassung gegeben habe. Verhandlungen der Ober-Postdirektion mit anderen Wiesbadener Aerzten zwecks Uebernahme der Stellung scheiterten, weil diese sich mit Dr. Schellenberg solidarisch erklärten.

* **Nachklänge zum Seemannsstreik.** Der Vorstand des Vereins Hamburger Reeder beschloß, die am Streik beteiligt gewesenen Seeleute nicht eher wieder einzustellen, bis der Streik an sämtlichen deutschen Hafenplätzen vollständig beendet und die Arbeit zu den früheren Lohnsätzen wieder aufgenommen ist. An einigen Ostseeplätzen war dies bisher noch nicht der Fall; in Bremen wurde die Wiederaufnahme der Arbeit an Bedingungen geknüpft.

* **Die Lehrzeit der Handwerkslehrlinge.** Gegen die von den Handwerkskammern verschiedentlich geforderte Verlängerung der Dauer der Lehrzeit wendet sich, nach Blättermeldungen, der preußische Handelsminister in einem Erlaß, in dem er ausführt, daß dem Handwerk selbst mit einer solchen Forderung oft am wenigsten gedient sein würde. Wir glauben kaum, daß die Handwerkskammern eine Maßnahme gefordert haben, die ihnen selber mehr Schaden als Nutzen bringen würde.

Friedens-Konferenz.

* **Kommission IV.** In der vierten Kommission wurde lange über die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsfahrzeuge verhandelt. Kontreadmiral Siegel (Deutschland) unterstützt dabei den österreichischen Vorschlag, daß die Umwandlung für die ganze Dauer des Krieges stattfinden müsse, und daß während dieser Zeit eine Rückverwandlung nicht gestattet sein solle. Barbosa (Brasilien) weist in einer längeren Ausführung darauf hin, daß die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe im Widerspruch stehe mit der Erklärung von 1856. Erste Autoritäten, insbesondere Bluntschli, hätten sich im Prinzip dagegen erklärt. Kontreadmiral Siegel stellt fest, daß diese Umwandlung sich nicht in neutralen Gewässern vollziehen dürfe und spricht dann den Wunsch aus, daß die Umwandlung auf freiem Meere gestattet sein solle, da dieses keiner fremden Gerichtsbarkeit unterworfen sei. Schließlich wird der Beschluß gefaßt, die Frage einer späteren Besprechung vorzubehalten. — Hierauf entspinnt sich eine lange Erörterung über die den feindlichen Schiffen bei Eröffnung der Feindseligkeiten zu gewährende Schonungsfrist. Staatsrat von Martens (Rußland) weist darauf hin, daß der russische Antrag keine bestimmte Frist ansetze; es handle sich nur darum, die bestehende Gepflogenheit in gesetzliche Form zu bringen. Im Grunde herrscht Uebereinstimmung, nachdem man in Meinungsaustausch getreten war über die Frage, ob das Wort Schonung (faveur) nicht den Begriff einer Verpflichtung ausschließe. Es wird noch nicht über die grundsätzliche Frage abgestimmt, da mehrere Delegierte noch Erklärungen abzugeben wünschen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Ausgleichsverhandlungen.** Die „Wiener Allgem. Corresp." bringt folgende Verlautbarung über die wichtigen Besprechungen am Freitag: Dem Vernehmen nach hat es sich bei den Beratungen um jene Eisenbahntariffragen gehandelt, über welche bisher eine Verständigung nicht erzielt werden konnte. Man glaubt, daß es möglich sein würde, die bestehenden Gegensätze diesmal zum größten Teile zu beseitigen. Wie man uns mitteilt, sei bezüglich der Quote bereits eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher diese eine mehrprozentige Erhöhung erfahren würde. Auch in der Bankfrage sei bereits eine Verständigung erfolgt, und es sei sicher, daß die Bankgemeinsamkeit bis 1917 fortbestehen werde.

Belgien.

* **Die Zucker-Konvention.** Die belgische Regierung hat an die Regierungen der Signatarmächte der Brüsseler Konvention die Aufforderung gerichtet, sie davon in Kenntnis zu setzen, ob ihnen der 25. Juli als Zeitpunkt für den Zusammentritt der permanenten Zuckerkommission genehm sei, die während ihrer Tagung die Frage erörtern soll, ob die von den englischen Delegierten auf der Juni-Versammlung zum Ausdruck gebrachten Wünsche annehmbar seien.

Italien.

* **Der Dreibund.** Der römische Korrespondent der „Neuen Freien Presse" erfährt, wie schon kurz gemeldet, authentisch folgendes: Das Bundnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien wurde im Juni 1902 auf die Dauer von 6 Jahren geschlossen; somit hätte das Bündnis eine Geltungsdauer bis Juni 1908. In dem Bündnis war die Bestimmung enthalten, daß es noch weitere 6 Jahre Geltung habe, wenn es nicht 1 Jahr vor dem Ablaufstermin gekündigt werde. Da die Kündigung im Juni 1907 nicht erfolgte, gilt das zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien geschlossene Bündnis somit bis zum Juni 1914. Die gleichen Bestimmungen gelten auch für das Bündnis zwischen Deutschland und Italien. Somit ist der ganze Dreibund bis zum Juni 1914 verlängert.

England.

* **Ein Frauen-Kongreß.** In aller Stille hat sich eine Bewegung gebildet, die unter dem Namen eines „Frauenkongresses" die Angelegenheiten der Frauen in sozialer, rechtlicher und industrieller Beziehung in die Hand nehmen will und als repräsentative Körperschaft willens ist, mitsam bei den Behörden ihren Einfluß geltend zu machen. Zu diesem Frauenparlament soll jeder politische Wahlkreis eine Vertreterin entsenden. Sobald in diesem „Parlament" Einigung über einen Gegenstand erzielt ist, soll er in gebührender Weise dem Ministerium in Form einer Empfehlung unterbreitet werden. Sekretärin des Organisationskomitees des Frauenkongresses ist die durch ihre Tätigkeit für die Frauenwelt weltbekannte Mrs. Arthur Holland. Die Bewegung steuert einen Mittelkurs zwischen den „Suffragisten" und „Antisuffragisten" und verdient schon dadurch, daß sie sich in ihren Beratungen ausschließlich auf Angelegenheiten des weiblichen Geschlechts beschränken, will, alle Unterstützung. — Als Motto wählte der Kongreß „Wärme, Sympathie, Wahrheit!" Ein weiteres Ziel hat sich der Kongreß hinsichtlich der Förderung der Moral und Armenpflege unter den Frauen und Kindern gesteckt; auch soll unter anderem freier Rechtsbeistand vor Gericht gewährt werden. Die Präsidentin wird von dem Kongreß erwählt, sie bildet ihr aus zwanzig Räten bestehendes Kabinett. Finanziell soll das Unternehmen auf einen von jeder Frau Englands, die ihn leisten kann, zu erhebenden Beitrag von 2½ beziehungsweise 1 und ½ Schilling jährlich gestellt werden. Man rechnet, daß man damit zu einer jährlichen Einnahme von zwei Millionen Mark kommen werde.

Rußland.

* **Spiritismus am Zarenhofe.** Zar Nikolaus II. ist ein großer Anhänger des Spiritismus sowie der metaphysischen Wissenschaften, treibt jedoch seine Studien zumeist ganz allein oder nur in Gegenwart seiner Sascha, der Zarin Alexandra, während zu den spiritistischen Sitzungen nur wenige Personen aus der nächsten Umgebung des Zaren hinzugezogen werden, denen er absolutes Vertrauen schenkt. Um aber jederzeit einen sachverständigen spiritistischen Berater für den Zaren bei der Hand zu haben, werden Fachmänner an den Zarenhof berufen, und wenn der betreffende Spiritist nach eingehender Prüfung in jeder Beziehung für gut befunden wird, dann wird er der Vertraute des Zaren und in dem jeweiligen Palais untergebracht, das der Zar bewohnt. Der letzte Spiritist am Zarenhofe war Mr. Philipp. Nach seinem vor Jahresfrist erfolgten Tode war man gezwungen, sich nach einem neuen Spiritisten umzusehen. Anfang Juni d. J. hatte ein gewisser Dr. Papins den Vorzug, den freigewordenen Posten zu bekleiden. Der damalige Palastkommandant General D. F. Trepow pflegte zunächst erst mehrere Tage sehr lebhafte Unterredungen mit dem nach dem Schloß zu Neu-Peterhof berufenen Spiritisten, ehe seine feste Anstellung erfolgte. Indessen blieb Dr. Papins nicht lange am Zarenhofe, und nach dem Tode Trepows wurde für den Zaren Nikolaus II. ein echter Russe als Spiritist, Somnambulist, Balladensänger und Tröster in der Not ausfindig gemacht. Wenn man bedenkt, welchen enormen Einfluß der Hofspiritist, Mr. Philipp, auf den Zaren Nikolaus II. und den Gang der Regierungsangelegenheiten in Rußland hatte, dann kann es nicht wundernehmen, daß das jedesmalige Auftauchen eines neuen Spiritisten am Zarenhofe eine gewisse Beunruhigung unter den Hofbeamten hervorruft, da diejenige Hofpartei ein nicht zu unterschätzendes Machtmittel in die Hand bekommt, die den spiritistischen Berater des Zaren für sich gewinnt. Interessant ist, daß der jeweilige Hofspiritist zumeist incognito in der nächsten Nähe des Zaren weilt, wie überhaupt der Palastkommandant die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß die Tätigkeit des Hofspiritisten und sein Verkehr mit dem Zaren selbst vor den Hofbeamten geheim gehalten wird. Doch am Hofe des Zaren Nikolaus II. ist es, zumal jetzt, mit der Geheimhaltung nicht sonderlich gut bestellt, und so ist es nicht zu verwundern, daß man über die Tätigkeit des Spiritisten am Zarenhofe ziemlich gut unterrichtet ist, vorausgesetzt, daß der Zar nicht vorzieht, seinen spiritistischen Vertrauten, wie er seinerzeit mit Mr. Philipp tat, eine gewisse Zeit auf Reisen zu schicken, nichts desto weniger jedoch den lebhaftesten Verkehr mit ihm zu unterhalten. Wie dem auch sei — in dieser schweren Zeit sehnt sich der Zar offenbar mehr denn je nach einem Stützpunkt, an dem er Halt finden könnte.

* **Die Hungersnot.** Da die hungernde Landbevölkerung immer größere Ansprüche an die russische Behörde stellt, die zur Notstands-Verpflegung bestimmten Gelder aber bald erschöpft sind, so ersuchte Minister Stolypin die Gouverneure derjenigen Gebiete, die unter der Not am meisten zu leiden haben, der Bevölkerung bekannt zu geben, daß die russische Regierung von jetzt ab die Unterstützung, sei es in Geld oder Naturalien, nur leihweise gewähren kann, und daß hierbei gewisse Bestimmungen unbedingt berücksichtigt werden müssen.

Amerika.

* **Flotten-Skandal.** Von einem bevorstehenden Flottenskandal in den Vereinigten Staaten wissen New Yorker Blätter zu berichten. In einem diesen Gegenstand betreffenden Artikel weist der New Yorker „Globe" auf den Bericht des Marineblattes „Navy" hin. Danach hätten die amerikanischen Linienschiffe „Kearsarge" und „Kentucky" vor der Europareise evidente Fehler an den Geschützrohren durch angestrichene Holzpanzer verdeckt. Ueberhaupt werde die Flottengefechtsstärke allzu hoch angegeben. Die Manöver im Stillen Ozean kritisiert „Navy" als ungeschickt und amateurhaft arrangiert. — Vor dieser Armada zittere, Japan!

Australien.

* **Ein Vorzugs-Zoll.** Das Unterhaus von Neuseeland nahm die Ratifikationsbill eines Vorzugszollvertrages mit Südafrika an. Ferner wurde mit 50 gegen 15 Stimmen die Resolution gefaßt, die bisherige Bezeichnung „Neuseelandskolonie" in „Dominion" umzuändern. Ein entsprechendes Gesuch geht an den König von England ab. Außerdem wird vom Ministerium eine Bill gegen die Trusts vorbereitet.

SLUB
Wir führen Wissen.